

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:  
Die einseitige Petition  
oder deren Raum 20 g  
außerhalb des Bezirks  
22 g bei Ausfuhrver-  
teilung durch die Geschäfts-  
stelle 30 g extra.  
Reklame-Zeile 50 g  
Bei größeren Aufträgen  
entsprech. Rabatt, der in  
Falle des Mahnverfahrens  
hinfallig wird.

Schluss der Anzeigen-  
Annahme 4 Uhr vorm.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Für teils. Beiträge wird  
keinelei Gewähr über-  
nommen.

Nr. 119.

Neuenbürg, Samstag, den 24. Mai 1919.

77. Jahrgang.

## Rundschau.

Die letzten acht Tage haben uns der Entscheidung über das Schicksal Deutschlands nur zeitlich, aber nicht sachlich näher gebracht: eigentlich nicht einmal zeitlich, denn die Verhandlungsfrist ist um eine Woche verlängert worden. Bis jetzt wird immer noch schriftlich verhandelt; ob es zu einer mündlichen Aussprache kommt, ist zur Stunde noch zweifelhaft. Liegt aber nicht mehr so abseits wie vor Wochenfrist, liegt neu ist das: noch vor wenigen Tagen konnte man es aus dem Munde aller der neuen Staatsmänner und der vielen sonstigen Versammlungsbredner hören, daß man sein Todesurteil nicht unterschreiben dürfe, daß man sich zu nichts verpflichten könne, wozu vornherein feststehe, daß es unerfüllbar sei. Heute hört man es schon anders. Die Stimmen mehr oder weniger sich, die zum Eingehen auf den Schmachfrieden raten. Die einen sagen, es sei ganz gleich, ob man einen von der Gewalt diktierten Vertrag annimmt, der eben ein Fehlen帕r bleibe. Die anderen packen es feiner an und halten uns an dem Einzelnen bleibe es unbenommen, das Leben für ihre Ehre in die Schanze zu schlagen, aber einem ganzen Volke dürfe man das nicht zumuten.

Ja oder nein, das ist die Frage. Bischof Dr. von Keppeler hatte schon recht, als er neulich seinen Diözesanen kundgab, daß eben sei das Furchtbare an Deutschlands Lage, daß es ebenso schlimm sei, sich den Friedensbedingungen zu ergeben, wie sie zu verwerfen. Sicherlich steht uns Schlimmes bevor, wenn wir in den Gewaltfrieden nicht willigen, aber wir setzen es ja jetzt wieder an der Antwort Clemens auf die bekannnten Noten des Grafen Brockdorff-Rantzau, mit welchem Geistes Rindern wir es zu tun haben. Wir lassen uns unter Berufung auf die Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 begreifen vermahnen, daß Deutschland für alle Verluste und Schäden ersatzpflichtig gemacht und daß dies in einem Zusammenhang mit der Schuld am Krieg gebracht wird. Clemens aber antwortet wie ein gewisser Winteladvokat, Lansing habe gesagt, aus dem Angriff Deutschlands gehe die Ersatzpflichtigkeit hervor und die deutsche Regierung habe diese Behauptung, indem sie sich den anderen Bedingungen weigert, und sonst keinen Einspruch erhebt, als richtig anerkannt. Das ist natürlich nicht wahr, insofern als unsere Regierung es nur so meinte, Deutschland werde Ersatz leisten für den der Zivilbevölkerung und ihrem Eigentum zugefügten Schaden. Jemehr unsere Staatsmänner haben damals die Falle nicht bemerkt. Es waren eben keine Staatsmänner. Sie konnten nicht einmal genau die Verhältnisse des eigenen Landes, geschweige die der Feinde. Der englische Ministerpräsident Lloyd George hat schon Ende Januar 1918, als wir beim Friedensschluß von Brest-Litowsk auf der Höhe unserer Erfolge zu stehen schienen, einer Abordnung englischer Kavaliere, die auf einen baldigen Frieden drängte, geantwortet, sie sollten sich nur noch kurze Zeit gedulden, denn in Deutschland liege die Revolution bevor und dann werde England im Ziel, Deutschlands wirtschaftliche Vernichtung, erreichen. Es ist es in der Tat! Wir sind nicht militärisch, sondern politisch besiegt worden.

Das soll wohl jetzt wiederholt und in Brief und Siegel gebracht werden. Der Ruf nach der Sozialisten aller Länder ändert daran kein Haar, denn der französische und englische Sozialdemokrat ist zuerst Engländer und Franzose, dann erst Sozialist. Es wird wohl zu einem Kuhhandel kommen; einige besonders arge Punkte dürften wohl dabei doch hin geändert werden, aber es wäre über alle Massen töricht, daran zu zweifeln, daß der Friede auch dann noch ein Elends- und Hungerfriede wird. Den aber unterschreiben wir nicht. Eine Regierung, die ihn unterschreibt, trägt das Rainszeichen und macht sich zum Gefinnungsgegenstand eines Wilson, d. h. sie verspricht und hält nicht, ihre Lasten sind anders als ihre Worte. Die Leute freilich bei uns, deren angebliches Deutschland darin besteht, daß sie sagen: ubi bene ibi patria, d. h. es ist gleich wie die Kuh geht, wenn sie nur Milch gibt, diese geschäftstüchtigen Deutschen werden sich schon in die neue Lage finden, wenn nur freie Bahn für ihre Tätigkeit bleibt. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen, als Geldverdienen. Es sind eben diese Leute, die uns immer vorhielten, die Feinde führen nur Krieg gegen Autokratie und Militarismus, wollten uns von unseren Tyrannen befreien und das deutsche Volk glücklich machen. Diesen Leuten könnte man mit Engelszungen reden, sie würden uns doch nicht verstehen. Wo kein Nationalstolz ist, hat die Republik ebenso ihr Recht verloren, wie einst der Kaiser.

Man braucht nur die Gemeinderatswahlen anzusehen, die jetzt in der Hauptsache in unserer engeren Heimat beendet sind. Kein Saft und keine Kraft, aber laune Wahlbegeisterung allenthalben. Dazu in den Großstädten eine Verdrängung der Unabhängigen auf Kosten der alten Sozialde-

mokraten. Je unteilbarer die Menge, desto eher ist sie geneigt, den größten Schreibern nachzulaufen. Nicht nur die deutschen Staatsmänner sind politisch besiegt worden, das ganze deutsche Volk ist seinen Gegnern politisch unterlegen. Und nirgends haben wir einen Freund. Die Deutsch-Oesterreicher müssen von uns getrennt bleiben. Es wird ihnen nicht allzu schwer fallen, da sie sich mit Recht darauf berufen, daß man sich bei uns herzlich wenig Mühe gegeben habe, ihnen den Anschluß zu erleichtern. Waren es nun konfessionelle Vorurteile oder war es die allgemeine politische Gleichgültigkeit, jedenfalls hat man selbst bei uns, in dem Oesterreich weisensverwandten Süddeutschland, kaum einen Hauch echter Begeisterung für den Verbrüderungsgeanken gespürt. So werden wir mit der Zeit noch reis für den Rheinbund.

## Deutschland.

Karlsruhe, 22. Mai. Auch die hiesige Handelskammer befaßte sich mit der politischen Verschmelzung Württembergs und Badens. Sie hatte zur Beratung hierüber noch mehrere außerhalb der Kammer stehende Vertreter der Industrie und des Handels hinzugezogen. Die Versammlung erhob lebhaftesten Widerspruch gegen die auf den Zusammenschluß hinielenden Bestrebungen. Maßgebend für die Stellungnahme waren nicht nur die von einer Vereinigung zu erwartenden noch schwereren Schädigungen Karlsruhes (!), das durch den Wegzug des Hofes und den Verlust der Garnisonen ohnehin schon stark in Mitleidenschaft gezogen sei, sondern vor allen Dingen auch die Befürchtung, daß die Verschmelzung zu Ungunsten des badischen Wirtschaftslebens ausfallen und Württemberg im großen und ganzen der gewinnende Teil sein würde. Dagegen erklärte sich die Versammlung einverstanden damit, daß die beiden Staaten in gemeinsamen Wirtschaftsverhandlungen Hand in Hand gehen sollten; insbesondere soweit es sich um die Vertretung in Berlin handelt.

Mannheim, 23. Mai. Ueber die Pfälzer Butschversuche in Landau, die sich immer mehr als einen Vaterlandsverrat gemeiner Art entpuppen, wird weiter gemeldet: Bei dem Verlangen der französischen Militärbehörde, die vier Verhafteten frei zu geben, wurde erklärt, daß wenn es nicht autwillig geschehe, die Bajonette dieselbe erzwingen werden. Die 21 Landauer Landesverräter haben am Tage darauf ein Flugblatt im Sinne ihrer Bestrebungen zu verbreiten gesucht, das aber von den deutschen Behörden beschlagnahmt wurde. Dieses Flugblatt wurde nun von den französischen Behörden zur Verbreitung freigegeben. Die deutschen Beamten, welche diese Beschlagnahme veranlaßt hatten, sind verhaftet. Hieraus ergibt sich, daß die Franzosen die Loslösungsbestrebungen offen unterstützen. Die Wählerarbeit der Vaterlandsverräter geht weiter. Die Bevölkerung der Pfalz befindet sich in großer Aufregung.

Berlin, 22. Mai. Der Arbeitstagen für die Eisenbahner, den die Entente im linksrheinischen Gebiet bei der Besetzung abgeschafft hatte, ist für die Verksstätten- und Streckenarbeiter jetzt wieder zugestanden worden. — In der gestrigen Vollziehung der Berliner Arbeiterräte ist das Verlangen nach der Einberufung eines neuen Rätekongresses geäußert worden. Es kann jedoch jetzt bereits als ausgeschlossen gelten, daß sich die entscheidenden Instanzen für die Einberufung eines neuen Rätekongresses für absehbare Zeit entscheiden werden. — Die Privatreger des früheren sächsischen Königshauses werden in der nächsten Woche freigegeben werden. Sie wurden zu Anfang der Revolution in Maßnahmen des Polen dringen auch über die Demoralisationslinie zu uns zahlreiche Stimmen aus deutschen Kreisen, die beweisen, daß die dort unter polnischer Gewalt leidenden Deutschen die Empfindungen, die das deutsche Volk angesichts der Friedensbedingungen der Entente erfüllen, vollständig teilen. Polnische Willkür hindert das Deutschland, seinen Empfindungen freien Ausdruck zu verleihen.

## Gegen die Entwertung der deutschen Anleihen.

Die Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung hat folgende Anfrage eingebracht: Welche schleunigen Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu ergreifen, um eine weitere Entwertung der deutschen Anleihen und damit eine Erschütterung der Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft zu verhüten?

Die Anfrage gebietet natürlich vor die Nationalversammlung. Man hat mit ihr vermutlich das preussische Haus wohl nur bemüht, weil die Nationalversammlung zurzeit ihre Tagung unterbrochen hat. Der Bedeutung der Anfrage und ihrer dringlichen Wichtigkeit geschickel dadurch kein Abbruch. Die Anleihen, die in den Kriegsjahren zu etwa 98% ausgegeben wurden, sind diese Woche auf 75, zeitweilig sogar auf 72% heruntergegangen. Das ergibt für den Feind einen Kursverlust von mindestens 23 vom Hundert. Dieser

Verlust trifft aber nicht nur den Privatkapitalisten, sondern oft auch die Grundlagen, auf denen unsere großen Kredit-Institute, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und die weitaus größte Zahl aller wirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen ruht. Es zeigt sich hier, wie grundverteuert unsere Steuerpolitik war, die alle Kriegsausgaben auf Anleihen nahm, um die Steuerzahler zunächst einmal bei guter Laune zu halten. England ist einen anderen Weg gegangen und ist besser dabei gefahren.

## Ein deutscher Appell an Amerika.

Der Berliner Vertreter der Associated Press sandte eine ihm von berufener Seite gewordene Aufklärung nach Amerika, in welcher sich Deutschland weigert, die ihm vorgelegten Friedensbedingungen zu unterzeichnen, wenn sie die wirtschaftliche Vernichtung, die politische Entehrung und die unmoralische Degradierung für die ganze deutsche Nation enthalten, die für jeden einzelnen Deutschen besteht, und zwar nicht nur für das gegenwärtige Geschlecht, sondern selbst noch für ungeborene Nachkommen. Präsident Wilson habe in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1917 gesagt: Wir wollen von Deutschland nur, was die Gerechtigkeit zuläßt. Wir verlangen nicht, was wir uns selbst nicht zustehen berechtigt sind. — Wir, das deutsche Volk, verlangen auch weiter nichts als das, daß die amerikanischen 14 Punkte und die Friedensbedingungen nebeneinander bestehen. In den Friedensbedingungen von Versailles hat man auch nicht nur einen Schein von Wilsons Grundätzen übriggelassen. Amerika ist verpflichtet, hier einzuschreiten. Amerika muß entweder seine 14 Punkte durchsetzen, oder es muß erklären, daß es dazu nicht imstande ist oder daß es das nicht will. Das ist unsere Forderung, an der wir festhalten.

## Ausland.

Strasbourg, 23. Mai. Wie die „Elsaz-Bochr. Nachr.“ melden, haben sich in den letzten Wochen von den 400 elsäß-lothringischen Studenten, welche die Universität Strasbourg noch zählt, 230 exmatrikulieren lassen, weil sie der ganz französisierte Lehrbetrieb und die unwissenschaftliche Art anfechteten. Die meisten von ihnen wollen möglichst bald nach deutschen Universitäten umsiedeln. In maßgebenden Kreisen ist man durch diese Massenwanderung, die der durch Haß und Neid hervorgerufenen Massenabwanderung zu folgen droht, geradezu entsetzt. Die Empörung unter der einheimischen Bevölkerung über all die falschen Maßnahmen der Franzosen wächst beständig.

Basel, 23. Mai. Wie die „Basler Nachrichten“ vernehmen, ist bei der Generaldirektion der S. S. S. in Bern eine telegraphische Meldung ihres Vertreters in Paris eingetroffen, wonach die am S. S. S. Abkommen beteiligten alliierten Staaten entsprechend dem vor 2 Monaten eingereichten Gesuch die Freigabe der Einfuhr der Lebensmittel, die direkt und unmittelbar zur menschlichen Nahrung dienen, beschlossen haben.

Osaka, 22. Mai. In Ententekreisen verlautet, daß die Ententemächte infolge Ablehnung der Friedensbedingungen entschlossen sind, Berlin militärisch zu besetzen. Die Ansicht, als ob wegen der Gefahr einer bolschewistischen Verjudung der Truppen eine solche Besetzung nicht ratsam erschiene, wird von der Entente als hinfallig betrachtet, weil nach Meldungen der Vertrauensleute der Entente aus Berlin eine bolschewistische Gefahr nicht bestehe.

Genf, 22. Mai. Man glaubt allgemein in politischen Kreisen, daß die Schweiz dem Verlangen der Entente nach einer Verschärfung der Blockade nicht widerstehen können, denn es wird sich nicht um einen neuen Krieg handeln, sondern um eine einfache Wiederaufnahme der früheren Feindseligkeiten, die die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die während des Krieges herrschten, herbeiführen werde.

Stockholm, 22. Mai. Der Ausschuss der neutralen Kerze, der kürzlich den Ernährungsstand in Deutschland untersucht hat, besteht aus den Professoren Tendello-Holland, Brant-Norwegen, Johansson, Gadelius und Bergmann-Schweden. Er hat heute den Präsidenten Wilson drablich gebeten, zu bedenken, welche sehr schweren Folgen für die Ernährung der deutschen Frauen und Kinder die Friedensbedingungen haben müßten, dadurch, daß Deutschland eine große Zahl Milchkuhe ausliefern solle.

Barum müßten die 140000 Milchkuhe gerade aus Deutschland geliefert sein? Man könnte dieselben auf Kosten Deutschlands aus reichen Gegenden Nord- oder Südamerikas beziehen. Aber man will nicht bloß die Ernährungen physisch und moralisch zu Grunde richten, auch die Säuglinge und Kinder sollen den Reim der Unterernährung in sich aufnehmen. (Schriftl.)

Mailand, 22. Mai. Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ weist auf die umfassenden Vorbe-



reitungen der Alliierten zur wirtschaftlichen Eroberung der deutschen Gebiete hin. So sei die Gründung einer Filiale der englischen National City-Bank in Berlin gesichert. Im Norden sucht England durch Einfuhr englischer Artikel und Ausfuhr von Holz ein Monopol zu erlangen. In Witten würden alle besetzten Gebiete als handelspolitische Ausfallstore der Alliierten gegen Deutschland dienen. Die Waren würden zu Tausenden von Tonnen aufgestapelt, damit sie sofort nach Friedensschluss ausgeführt werden könnten. Im Elbisch würden französische Textilwaren, Gewebe und Garne aufgestapelt, um als elbische Waren in Deutschland sofort eingeführt zu werden. Mainz und Wiesbaden würden für die Franzosen, Trier für Amerika und Köln für England zu ausgedehnten Stapelplätzen für den Handel mit Deutschland ausgebaut. Der Korrespondent bedauert lebhaft, daß Italien bei all diesen Vorbereitungen unbetätigt sei. Riga wurde durch die vereinigten Verbände der baltischen Landeswehr von den Bolschewisten befreit. — Der Rücktritt Baderski bringt die Entente in das Dilemma, entweder den Polen nachzugeben und sich die Ukrainer zu Feinden zu machen oder die Polen. — Krenski und seine Freunde fordern in einer in der „Dynamite“ veröffentlichten Rundgebung die Beiziehung Russlands zur Friedenskonferenz und die Abfindung einer Mission aller demokratischen Mächte nach Russland, dessen bestehende Regierung aber nicht anerkannt werden dürfe. — Zahlreiche reguläre afghanische Truppen sind gegen die britischen Streitkräfte zusammengezogen. Die Afghanen haben die Grenzlinie aufgeföhrt, sich gegen die Engländer zu erheben. In Kandahar ist der Heilige Krieg proklamiert worden. — Während der Verhandlungen über das Budget für Indien kündigte Montagu die sofortige Einbringung einer Gesetzesvorlage an, die für Indien konstitutionelle Reformen vorsieht, die sich auf die allmähliche aber tatsächliche Uebertragung der Macht von der Bürokratie auf das Volk gründen sollen. — Die Amerikaner bestehen bei den Ausschüßverhandlungen darauf, daß die Lebensmittellieferungen von Deutschland nur in Gold bezahlt werden.

### Vergebliches Bemühen der Berner Sozialisten-Konferenz.

Versailles, 23. Mai. Der Friedensausschüß der Berner Sozialistenkonferenz, der auf einen an den Rat der Vier gerichteten Protest, gegen die Friedensbedingungen für Deutschland keine Antwort erhalten hatte, beauftragte Leon Douquet und Ramsay MacDonald, zu Lloyd George zu gehen, um eine gemeinsame Konferenz des Rates der Vier und des Friedensausschüßes der Arbeiter zu fordern. Es wurde daraufhin sofort die Antwort erteilt, daß nach der Meinung der Entente-Staatsmänner eine derartige Konferenz keinerlei Resultate haben könne. Der Protest wurde wiederum abgelehnt.

### Zu den Verhandlungen in Versailles.

Versailles, 23. Mai. Kurz vor der Abreise der deutschen Delegation nach Spa sind 2 deutsche Noten durch französische Kurriere an die Entente übermittleit worden. Die erste Note stellt eine Erwiderung auf die Antwort der Entente in der Frage des internationalen Arbeitsrechtes dar. Die Note wiederholt das Verlangen nach der Versailler Arbeiterkonferenz und fordert zum Schluß, daß bei dieser neuen Konferenz die Führer aller Gewerkschaften gehört werden. Die zweite Note bringt einen neuen gründlichen und umfangreichen Einspruch gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages und über die Beschlüsse der Beschlagnahme des deutschen Privateigentums im Auslande vor. Zum Schluß wird das Ende des Wirtschaftskrieges aufgrund von Gegenseitigkeit im Sinne des Völkervertrages gefordert.

Versailles, 23. Mai. Im Augenblick der Abreise des Grafen Brockdorff-Rantzau wurden gestern abend von der Entente 2 Noten überreicht. Die eine bezieht sich auf den Völkervertrag, die andere gibt eine Antwort auf die erste Wirtschaftsnote Deutschlands. Der Inhalt beider Noten ist nicht bekannt, da sie Graf Brockdorff-Rantzau beide mit nach Spa genommen hat. Es heißt nur, daß sie schärfer und herausfordernder im Ton gehalten sein sollen, als was wir schon von der Entente erfahren haben.

Versailles, 22. Mai. In der französischen Presse wird die Fristverlängerung stark kommentiert. Man betont, daß sich dadurch nichts ändere, da die Antwort der Entente wenige Tage nach der Uebergabe der deutschen Gegenvorschläge erfolgen werde. Es werde den Deutschen jedoch eine kurze Frist gelassen werden, in der sie sich über eine Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung zu entscheiden hätten. Diese Frist wird auf die Zeit zwischen dem 1. und 7. Juni angegeben.

Jülich, 23. Mai. „Secolo“ und „Corriere della Sera“ bringen am Mittwoch gleichlautende Pariser Telegramme, wonach eine einfache Ablehnung der Erörterung der deutschen Gegenvorschläge seitens der Alliierten nicht mehr in Frage kommen soll.

Versailles, 23. Mai. Die deutsche Antwortnote soll nunmehr am kommenden Samstag den Alliierten durch den Grafen Brockdorff-Rantzau überreicht werden.

Paris, 23. Mai. Es ist ein Beschluß der Alliierten ergangen, daß die offizielle Stellungnahme einzelner alliierter Regierungen zu den deutschen Gegenvorschlägen bis zur Erledigung dieser Vorschläge in der Alliiertenkonferenz abgeschlossen sein soll. Amerika und Italien treten für einen gerechten Meinungsaustrausch mit Deutschland ein.

### Die auffälligen Italiener und Serben.

Versailles, 23. Mai. In Italien soll eine Kabinetskrise bevorstehen. Die Pariser Zeitung „L'Intransigeant“ teilt ziemlich aufgeregt mit, daß Orlando vor seiner Abreise von Paris eine Note zurückgelassen hat, mit

den Worten beginnend: „Es wird eine wichtigste Aufgabe sein, die Friedensbewegung in Italien nicht zu bekämpfen.“ Rom, 23. Mai. Hier erwartet man das Eintreffen der italienischen Friedensdelegation aus Paris für Mitte kommender Woche. Sollte es zur Abreise aus Paris vor Erledigung der Friedensfrage kommen, so werde Italien seine Nichtbeteiligung am Friedensvertrag mit Deutschland erklären und Deutschland zu direkten Friedensverhandlungen mit Italien einladen.

Genf, 23. Mai. Wie verlautet, hat nun auch Serbien eine Note an die Alliierten gerichtet, die mit der Zurückziehung der serbischen Delegation droht, falls die Entscheidung in der Fiume-Frage zugunsten Italiens ausfallen sollte.

### Die Haltung der Republikaner in Amerika.

New York, 23. Mai. Die Republikaner fordern eine unverzügliche Veröffentlichung des Friedensentwurfs an das amerikanische Volk, bevor die amerikanischen Delegierten den Vertrag unterzeichnen. Die Republikaner in der Union rufen für den kommenden Sonntag zu Kundgebungen gegen den Wilsonschen Völkervertrag auf. Auch die Freie beteiligen sich — allerdings aus anderen Ursachen — an den Kundgebungen.

### Württemberg.

Tübingen, 22. Mai. Das Sommersemester hat nun seinen Anfang genommen; es sind an der Universität zahlreiche Neuanmeldungen erfolgt, so daß mit einer Besuchsziffer von mehr denn 200 Studenten jetzt schon gerechnet werden darf.

Ulm, 23. Mai. Die Gewerbebank, die im letzten Rechnungsjahr einen Umsatz von 1158 Millionen Mark und einen Reingewinn von 302000 Mark erzielte, verteilt wie im Vorjahr 6 Prozent Dividende. Den Reserven werden 76000 Mark überwiesen.

Ochsenhausen, 23. Mai. In außerordentlicher Richtigkeit konnten dieser Tage Ausschüßleiter a. D. Barth und seine Ehefrau das Fest der diamantenen Jubelhochzeit begehen. Entel und Entelkinder sowie die ganze Gemeinde nahmen regen Anteil an dem Feste.

Ellwangen, 22. Mai. Nach langer, banger Ungewißheit ist jetzt die amtliche Meldung vom Tode des Redakteurs Sebastian Binnig, Leutnant im Landw.-Inf.-Regt. 120, eingetroffen. Binnig war am 1. Oktober 1918 bei dem Sturme eines Regiments auf Apremont schwer verwundet in die Hände der Amerikaner gefallen. Am 14. Oktober 1918 erlag er im Kriegesgefängnis der Folgen einer Gasvergiftung, die er sich am 1. Oktober ebenfalls zugezogen hatte, und wurde am 15. Oktober in Friedesland begraben. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 37 Jahren und war seit April 1906 an der Pfl- und Jagdzeitung als Redakteur tätig, wo er sich allgemeiner Achtung erfreute.

### Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 23. Mai. Der der Landesversammlung zugegangene vierte Nachtrag betr. die Teuerungszulagen für Beamte usw., der 13800000 Mark für außerordentliche Zuwendungen infolge der Teuerung forderte, ist zurückgezogen worden. An seiner Stelle ist eine neue Vorlage eingebracht, die auch auf die mit den Arbeitern auf Grund der abgeschlossenen Tarife getroffenen Vereinbarungen Rücksicht nimmt und deren Anforderungen sich auf 22 400 000 Mark belaufen. Die neue Vorlage beruht auf einem Uebereinkommen zwischen der Regierung und den Vertretern der Beamtenenschaft.

Stuttgart, 23. Mai. Die Verändigung des Verfassungsgesetzes steht für die nächsten Tage bevor. Von einer Volksabstimmung, wie sie in Baden vorgenommen wurde, ist zunächst abgesehen worden, da die endgültige Festlegung der Verfassung erst erfolgen kann, wenn die Reichsverfassung abgeschlossen ist. Dann erst wird man sich darüber entscheiden, ob die Landesverfassung einer Volksabstimmung unterbreitet werden soll.

Billingen, 23. Mai. In Billingen, St. Georgen Triberg und anderen Schwarzwaldorten fanden Demonstrationen gegen den Fremdenverkehr statt. Es wurde infolge des allgemeinen Nahrungsmittelmangels gefordert, daß der Fremdenverkehr im Schwarzwaldkreis, Kreis Billingen, diesen Sommer vollständig gesperrt werde und nur wirklich kranken Personen möglichster kurzer Aufenthalt gestattet werde. Der Durchgangsverkehr darf eine Uebernachtung nicht überschreiten. Sämtliche Hotels werden unter strenge Ueberwachung gestellt. Hamsternde Kurgäste sollen ausgewiesen werden. Die Forderungen wurden einstimmig angenommen und werden durch die Landeszentrale des Arb- und Volkstrates der badischen Regierung zum sofortigen Vollzuge unterbreitet.

Mannheim, 23. Mai. Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet, hat eine Versammlung der Vertreter der Pfalz, die auf Berufung der Regierungspräsidenten in Speyer am 18. Mai zusammengetreten war, eine Entschlieung angenommen, in der mit größter Entschiedenheit die unläsliche Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland betont und die zuversichtliche Hoffnung auf eine wesentliche Milderung der Friedensbedingungen ausgesprochen wird. Die Frage, ob die Pfalz mit Bayern vereinigt bleiben soll oder nicht, sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit. Ueber den Verlauf dieser Versammlung in Speyer durfte die pfälzische Presse nichts veröffentlichen.

Berlin, 24. Mai. Im Sinne der deutschen evangelischen Geistlichkeit und in Bezug auf frühere Verbindungen mit englischen Geistlichen hat D. v. Dröbner einen Brief durch Vermittlung eines hohen neutralen Geistlichen dem Erzbischof von Canterbury zugehen lassen, worin er die Frage stellt, ob der Erzbischof ein Wort des Protestes oder der Mißbilligung gegen das aller Zivilisation, aller Humanität, allem christlichen Empfinden ins Gesicht schlagende Ver-

fahren der englischen Regierung bezüglich der Hungerschlächter gefunden habe. „Wollen Sie nicht, Herr Erzbischof“, heißt es weiter, „das Furchtbare des Gedankens erdulden, das die Marter, die der Friedensschluß uns auferlegt, ein D in die Herzen pflanzen muß, der auf Geschlechter hinaus die Bezeichnungen der Völker vergiftet.“

Bern, 23. Mai. Die republikanische Partei Italiens wendet sich in einer Entschlieung gegen die in Paris angewandte Geheimdiplomatie und bedauert die harten deutschen Entschüdigungsansprüche nur erfüllen, wenn seine Einrichtungen unangefastet bleiben. Eine Lahmlegung Deutschlands bedeute die Vernichtung der Reichtümer ganz Europas.

Berlin, 24. Mai. Der Entwurf eines Vergütungssteuergesetzes ist fertiggestellt. Das Gesetz soll am 1. Okt. d. Js. in Kraft treten. — In der heutigen Sitzung des Lebehourprozesses wurde ein Antrag auf Hastenlassung der Angeklagten Lebehour nach längerer Beratung abgelehnt. Frankreich soll nicht die Absicht haben, die deutschen Kriegsgefangenen, die sich in seiner Macht befinden, nach Friedensschluss tatsächlich loszulassen. Die Kriegsgefangenen sollen weiter in Frankreich bleiben und zu den Wiederherstellungsarbeiten verwendet werden. — Von den am 22. Mai in Versailles überreichten drei neuen deutschen Noten verlangt die, welche sich auf die Arbeitergesetzgebung bezieht, abermal die sofortige Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern aller Länder noch während der Friedensverhandlungen. Die Note über das Privateigentum wendet sich gegen den Plan der Entente, das deutsche Privateigentum im Auslande zur Zahlung der Kriegskosten heranzuziehen. — Nachdem er die Entente die Entsendung eines deutschen Dampfers zur Abholung der notleidenden Deutschen und Neutralen in Riga genehmigt hat, erklärt nun die russische Regierung, daß sie die Abholung nicht gestatte. — Der Abschluß des neuen schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommens soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Rotterdam, 23. Mai. „Daily Mail“ befaßt sich mit der Frage, was die Vereinigten Staaten, auf den von Deutschland an sie gerichteten Appell antworten werden und schreibt: Wenn die Amerikaner ehrlich sind, so können sie nur die Antwort geben, die schon ihre Delegierten gegeben haben, indem sie um ihrem Protest wirksam Ausdruck zu geben, zurückgetreten sind. Sie können nur antworten: Nein! Dieser Frieden ist nicht unser Frieden. Dieser Vertrag enthält keine Teile die nicht im Widerspruch mit den 14 Punkten Wilsons stehen.

Versailles, 24. Mai. Clemenceau verweigerte im Budgetausschüß der Kammer die Bekannngabe des Friedensvertragsentwurfs, um welche der Ausschüß nachgelacht hatte, da er Grundlagen für die Ausgestaltung des Budgets bieten müsse. — Die Liga zur Verewigung des Ansehens an das deutsche Verbrechen hat in Versailles Maueranschläge anbringen lassen, welche lauten: „Mit Mördern, Brandstiftern, Dieben diszipliniert man nicht; man richtet sie.“

Rom, 23. Mai. Der Stromboli ist am 18. d. Mts. wieder in Tätigkeit getreten. Er warf glühende Massen aus, die Feuersbrünste verursachten. Gleichzeitig meldet man eine Springflut von 10 Minuten Dauer. Es gab zahlreiche Opfer. Von Messina wurde Hilfe geschickt. Die Eruptionen dauern mit Heftigkeit an.

Montreal, 23. Mai. Die Zustände in Winnipeg erscheinen hoffnungslos. Winnipeg wird von dem Zentralstreikkomitee des Arbeiterrats beherrscht. Es wird ernstlich versucht, die bisherigen Einrichtungen durch das Sozialisten zu ersetzen. Viele der Gewerkschaften sind offenbar rein bolschewistisch. Die Regierung erweist Maßregeln, um gegen die Bolschewisten aufzutreten und die Bevölkerung hat zu Sicherheitszwecken eine freiwillige Wehr aufgestellt.

### Württembergische Landesversammlung.

Stuttgart, 23. Mai. Die Sitzung befaßte sich zunächst mit der Anfrage des Zentrumsabgeordneten Groß an den Verlehesminister wegen der Ausführung des neuen Empfangsgebäude des Cannstatter Bahnhofs vorgetragenen Turmes, der nach den Mitteilungen des Anfragestellers 130 bis 140000 M. Baukosten verursacht. Die Erstellung des Turmes schob Groß dem Ehrgeiz eines Technikers der Generaldirektion zu; er hielt eine solche Baupolizei auf Kosten der Steuerzahler in gegenwärtiger Zeit für gewissenlos und die Veranschlagung solch hohen Summen für einen Luxus. Unterstaatssekretär Hühner und der Sozialdemokrat Pfleger hielten diese Einwände nicht für stichhaltig, so daß es bei dem geplanten Bau bleibe wird. Dem Entwurf eines dringlichen Gesetzes wegen einer Uebergangsbestimmung zur Verfassungsurkunde, wonach die Landesversammlung in ihrer jetzigen Sitzung vorläufig zusammen bleibt, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen zugestimmt. Ein Antrag Hartenstein (D.D.P.), bei der Bewahrung von Teuerungszulagen aus der Pensionsliste für Aderperschöftsbeamte in dem Gesetzesvorschlag die Worte „im Falle der Bedürftigkeit“ für die Pensionäre zu streichen, fand einstimmige Annahme. Samstag nächste Sitzung.

### Die deutschen Besprechungen in Spa.

Spaa, 23. April. In voller Uebereinstimmung wurde der Wortlaut der deutschen Gegenvorschläge festgestellt. Morgen Samstag wird die Versailler Finanzdelegation mit dem Reichsminister die Einzelheiten der finanziellen Vorschläge zum endgültigen Abschluß bringen. Die Minister und die Delegation sind heute Abend wieder nach Berlin und Versailles zurückgereist. Reichsfinanzminister Dernburg blieb mit den Sachverständigen für finanzielle Fragen zu weiteren Beratungen in Spa zurück. Dernburg soll in Anbetracht der Wichtigkeit der finanziellen Fragen die deutsche Erwiderung endgültig zusammenstellen. Die deutsche Antwort werde in etwa drei Tagen erfolgen können.

**Kaffee Odeon** Gemütlicher Aufenthalt! \* Täglich Künstler-Konzerte!  
Pfaffheim, westliche Karl-Friedr.-Strasse 9. ff. Kaffee, Schokolade, Gefrorenes, Kuchen, feine Weine, Bier.



**Sekundmachung.**

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 19. Mai 1919 die Wahl des Gemeindevorstandes Karl Pfrommer in Biefelsberg zum Ortsvorsteher der Gemeinde Biefelsberg bestätigt.  
Neuenbürg, den 23. Mai 1919. Oberamt: Bullinger.

**Bezirksamt Neuenbürg.**

**Den Ortsbehörden für die Arbeiterversicherung**  
gehen durch die Post die Listen über die besonders eingeschätzten Vermögensgegenstände von landwirtschaftlichen Nebenbetrieben und Betriebsstellen unter Bezugnahme auf § 14 der Vollzugsverordnung des Ministeriums des Innern vom 26. Oktober 1912 (Reg. Bl. S. 820) behufs Eröffnung des Ergebnisses der Einschätzung an die Betriebsunternehmer und Beforgung der Weiteren zu. Zugleich werden die Ortsbehörden zur Aufstellung der Katasternachweisungen gemäß §§ 25 ff. a. a. O. für das laufende Jahr und deren Einreichung spätestens bis 1. Juli d. J. verpflichtet, zu welchen Zwecken ihnen je ein Sonderdruck zugleich mit obgenannten Listen zugeht.  
Neuenbürg, den 20. Mai 1919.  
Reg.-Assessor Killing.

**Oberamtsstadt Neuenbürg.**

Es wird hiemit nochmals bekannt gemacht, daß die **Gemeinderatswahl** morgen Sonntag, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, stattfindet. Jeder Wahlberechtigte darf auf vorgeschlagene Bewerber zusammen 16 Stimmen, deren höchstens 3 auf einen Bewerber, abgeben.  
Wahlbezirk I für die Wahlberechtigten rechts der Wahllokal: Rathaus (Saal).  
Wahlbezirk II für die Wahlberechtigten links der Wahllokal: Schulhaus (Arbeitschule).  
Wahllokalen mitbringen.  
Den 23. Mai 1919. Stadtschultheißenamt: Knodel.

**Evang. Gesamtkirchengemeinde Neuenbürg.**

Die Wahlen zur Landeskirchenversammlung finden Sonntag, den 1. Juni statt.  
Gewählt wird  
a) in Neuenbürg im Evang. Gemeindehaus (unterer Saal) nach Schluß des Gottesdienstes bis abends 6 Uhr;  
b) in Waldrennach im Rathausaal nachmittags 1—4 Uhr.  
Zu wählen ist Ein geistlicher (mit dem Calwer Kirchenbezirk zusammen) und Ein weltlicher Abgeordneter auf Einem Stimmzettel. Es wird daran erinnert, daß nur solche Personen ins Auge zu fassen sind, welche unbescholten sind und das in Art. 27 der Landesynodalordnung erwähnte Gebot abzugeben vermögen.  
Bei der Wahl selbst gibt der Abstimmende zuerst seinen Namen an und, nachdem dieser in der Wählerliste bemerkt ist, übergibt er den zusammengefalteten Stimmzettel dem Vorsitzenden des Wahlausschusses.  
Die künftige Landeskirchenversammlung hat die Aufgabe, unserm aus den Tagen der Reformation übernommenen Kirchenwesen eine den Bedürfnissen der Neuzeit angepaßte, aber dabei die unverrückbaren Grundlagen einer evangelischen Kirche wahrende Verfassung zu geben und Änderungen zu schaffen, welche geeignet sind, sowohl den Lebensbedingungen einer „Volkskirche“, als der unveränderlichen Eigenart der „Kirche“ gerecht zu werden. Angesichts ihrer hohen Bedeutung der erstmals einzuberufenden Landeskirchenversammlung besteht für jeden einzelnen Wahlberechtigten die erste Pflicht, seiner Mitverantwortlichkeit an dem künftigen kirchlichen Neubau sich bewußt zu werden und von diesem Stimmrecht Gebrauch zu machen.  
Neuenbürg, 23. Mai 1919.  
Der Vorsitzende des Gesamtkirchengemeinderats: Stadtpfarrer Ubl.

**Wahlen zur Landeskirchenversammlung.**

Die Namen der Bewerber für die am Sonntag, den 1. Juni stattfindenden Wahlen zur Landeskirchenversammlung sind in alphabetischer Ordnung folgende:  
a) Geistliche:  
Dornberger, Nathanael, Pfarrer in Zwerenberg.  
Sandberger, Friedrich, Stadtpfarrer in Liebenzell.  
b) Weltliche:  
Bozenhardt, Hugo, Apotheker in Neuenbürg.  
Ringenmayer, Josef, Blahmeister in Waldrennach.  
Zu wählen ist Ein Geistlicher und Ein Weltlicher auf Einem Stimmzettel. (Vornamen auf dem Stimmzettel nicht vergessen!)  
Neuenbürg, 24. Mai 1919.

**Wahlausschuß.**

Gräfenhausen. Einem Bursch schöner **Milchschweine** hat zu verkaufen Ernst Keller, b. Pfarrhaus.  
Ottenhausen. Ein Bursch schöner **Milchschweine** ist zu verkaufen bei Gottlieb Wolfinger.

**Calmbach.**

**Gemeinderatswahl.**

Die Gemeinderatswahl findet am Sonntag, den 25. Mai 1. J. statt. Für die Wahl ist die Gemeinde in 2 Wahlbezirke eingeteilt.

**Wahlbezirk 1. Wahllokal: Rathausaal.**  
Wahlvorstand: Schultheiß Hörnle, Gemeinderat Käßler, Bürgerausschußmitglied Jändel. — Derselbe umfaßt: Wildbaderstraße, Alt-Obenerweg, Neuenbürgerstraße, die Porzellen Böhmlöschmühle und Spieghel.

**Wahlbezirk 2. Wahllokal: Räume des Nahrungsmittelamts.**  
Wahlvorstand: Gemeindepfleger Stoll, Hauptlehrer Baumann und Wilhelm Reuschler, Schuhmachermeister. — Derselbe umfaßt: Calwerstraße, Schönbürgerstraße und Viehgasse, sowie die Porzellen Neuleschmühle, Zimmerjägmühle und das Würzbachtal.

Die Wahlhandlung beginnt vormittags 9 Uhr und wird nachmittags 4 Uhr geschlossen. Nach dem für den Schluß der Wahlhandlung bestimmten Zeitpunkt dürfen nur noch diejenigen Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, welche im Wahlraum bereits anwesend sind.

Die Wahl wird in einer ununterbrochenen Handlung durch unmittelbare geheime Stimmabgabe der Wahlberechtigten vollzogen. Nur diejenigen sind zur Wahl zugelassen, welche in der Wählerliste aufgenommen sind. Während der Wahlhandlung und der Ermittlung des Wahlergebnisses steht der Zutritt zum Wahlraum jedem Wahlberechtigten offen. Die Wahl ist auf solche Bewerber beschränkt, welche in den öffentlich bekanntgemachten Wahllokalen enthalten sind. Im übrigen wird auf Art. 78 der Gem.-Ord. mit der im Regierungsblatt von 1919, S. 37 veröffentlichten Fassung verwiesen.  
Calmbach, 22. Mai 1919. Schultheiß Hörnle.

**Landwirtschaftlicher Bezirksverein Neuenbürg.**

Am Sonntag, den 1. Juni 1919, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Gasthaus „Anker“ in Neuenbürg eine **Vollversammlung des Vereins** statt, wozu die Mitglieder und Freunde der Landwirtschaft eingeladen sind.

**Tagesordnung:**

1. Publikation der Vereinsrechnung per 1918.
  2. Rechenschaftsbericht für 1918 und Feststellung des Voranschlags für 1919.
  3. Referat des stellv. Vereinsvorstandes Käßler über die landw. Berufsvertretung und den Entwurf neuer Vereinsstatuten.
  4. Beschlußfassung über den Satzungs-Entwurf.
  5. Vortrag von Dr. Weiß-Hohenheim über das Thema „Der deutsche Acker und die neue Zeit.“
  6. Gratis-Berlosung nächstlicher landw. Gegenstände.
- Den 23. Mai 1919. Stellv. Vereinsvorstand: Käßler.

**Spielberg, Amt Durlach.**

**Stammholzverkauf.**  
Die Gemeinde Spielberg, Amt Durlach versteigert aus ihrem Gemeindegeld gegen Barzahlung  
am **Dienstag, den 27. Mai 1919**  
269 Eichen III. bis VI. Klasse; 2 Buchen I. und III. Klasse; 58 Fichten III. bis VI. Klasse; 63 Forsten und Forstenabschnitte II. bis IV. Klasse;  
am **Mittwoch, den 28. Mai 1919**  
500 Fichten I. bis VI. Klasse; 303 Forsten und Forstenabschnitte II. bis VI. Klasse.

Die Zusammenkunft ist an genannten Tagen jeweils vormittags 9 Uhr beim Rathaus.  
Spielberg, den 22. Mai 1919.  
Das Bürgermeisteramt.  
J. A. Karcher, Ratsh.

**Höfen a. E.**

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. — Ortsgruppe Wildbad.  
Am Sonntag, den 25. Mai findet im Gasthaus zur „Sonne“ in Höfen, nachmittags 3 Uhr eine **Versammlung** statt, zu welcher sämtliche Kriegsbeschädigte, ehemalige Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene von Höfen und Umgebung herzlich eingeladen sind.  
Der Ausschuß.

**Oberamtsstadt Neuenbürg.**  
Die Nahrungsmittelkommission hat beschloffen, **Geschäftsleute**, denen Nahrungsmittel usw. zur Abgabe an die Einwohner-schaft zugewiesen werden, künstlich von jeder Zuteilung un-nachschicklich auszuschließen, wenn ihre Abrechnung nicht mit den überwiesenen Waren übereinstimmt, oder wenn sie bei Vorhandensein von Kund-listen wie beim Zucker, diesen an die bei ihnen nicht

eingeschriebenen Haushaltungen abgeben und hierdurch Ver-wirrung in das ganze Ver-teilungsverfahren bringen.  
Neuenbürg, 23. Mai 1919.  
Stadtschultheißenamt.  
Knodel.  
Gräfenhausen.  
Zwei schöne **Läuferschweine** hat zu verkaufen Ernst Sorgus.

Karl Rebholz, Bauwerkmeister

Marie, geb. Kraiber

zeigen ihre Vermählung an.

Neuenbürg

Rottweil a. N.

Mai 1919.

Gräfenhausen, 23. Mai 1919.

**Todes-Anzeige.**

Berwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Bruder, Schwager und Onkel **Wilhelm Eug** nach kurzer schwerer Krankheit heute nacht verschieden ist. Die trauernden Hinterbliebenen: **Emilie Sicking, geb. Eug und Kinder, Friedrich Eug.** Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 Uhr statt.



Von einer nächste Woche ein-treffenden

**Rotwein-Sendung**

sind noch einige Eimer abzugeben. Bestellungen nimmt entgegen

**Friedrich Schroth & „Waldborn“, Birkenfeld.**

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Es ist nötig, darauf auf-merk-sam zu machen, daß das **Abortleeren** nach ortspolizeilicher Vorschrift in den Monaten April bis September nur von nachts 10 Uhr bis morgens 6 Uhr, und in den Wintermonaten Oktober bis März von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr gestattet ist.  
Stadtschultheißenamt.  
Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Zwecks Neuregelung der **Fleischhundentilte** werden sämtliche Haushaltungen ersucht, sich am Montag vorm. von 8—12 Uhr und nachm. von 3—6 Uhr hier einzuschreiben. Um pünktliche Einhaltung des Termins wird ersucht.  
Städt. Lebensmittelstelle  
J. A. Kienzle.

**Sozialdemokratische Partei Neuenbürg.**

Heute Samstag abend 1/9 Uhr **Mitgliederversammlung** im Lokal (Eintrockt).  
Der Vorstand.

**Gemeinderatswahl Neuenbürg.**

Da kein sozialdemokra-tischer Wahlvorschlag sondern 3 Wählerzettel gemacht sind, geben die **Unabhängigen P. G. ungültige** Stimmzettel ab.  
u. s. v.

Oberhausen. Unterzeichneter feht eine gute

**Milchkuh**

mit dem 3. Kalb, sowie 4 Wochen alte **Milchschweine** dem Verkauf aus.  
**Ernst Fieß.**  
Arnbach.

2 schöne

**Zucht-Hasen**

hat zu verkaufen **Adolf Buchter, b. Schulh.**  
**Visiten-Karten** liefert rasch und billig  
G. Meckische Buchdruckerei

Größe **Kudwahl in Nähmaschinen** auch **Versenkmashinen** in Eichen und Buchenbaum sowie für **Schneider und Schuhmacher.** **Kudkunst kostenlos** Stephan Gerber, Neulingen.  
Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.

**Herrenalb.**

Zu verkaufen ein **Wohnhaus,**

für 2 Familien geeignet, mit Gemüsegarten u. Schuppen. Dasselbe eignet sich durch günstige Geschäftslage und passende Räume für Spezerei- und Kurzwarengeschäft. Gest. Anfragen erbeten an die Enztäler-Geschäftsstelle.

**Wir suchen verkäufliche Häuser**

an beliebigen Plätzen, mit und ohne Weidwerk, behufs Unterbreitung an vorgemerkte Käufer. Besuch durch uns kostenlos. Nur Angeb. von Selbst-eigentümern erw. an den Verlag der **Vermiet- u. Verkaufszentrale** 7: aufurt a. M., Ganjo-Haus.





## Zur Neuenbürger Gemeinderatswahl.

Der morgige Tag entscheidet über die Neuzusammensetzung des hiesigen Gemeinderats  
**Pflicht des gesamten Bürgertums ist es, geschlossen zur Wahlurne zu gehen.**

Wer nicht wählt, verliert das Recht, sich zu beklagen, wenn das Gemeinwesen künftig Sozialisierungs- und Kommunalisierungs-Bestrebungen ausgesetzt wird, was gleichbedeutend wäre mit der Vernichtung zahlreicher Glieder des selbständigen Mittelstands in Handel und Handwerk.

**Wer also für die Stärkung unseres deutschen Bürgertums und Erhaltung eines lebensfähigen Mittelstands ist, der wähle die Kandidaten der**

## Bürgerpartei!

Neuenbürg.

## Unforrektheiten!

Der Ausschuss der Beamten- und Angestelltenvereinigung empfiehlt in einem Rundschreiben Stimmenthaltung für die Bewerber dieser Vereinigung zur Gemeinderatswahl mit einer unverständlichen Zurücksetzung und der Beiseiteetzung eines anderen Vorgesetzten, der schon seit mehr als 20 Jahren der einzige Beamtenvertreter auf dem Rathaus war.

Ich begnüge mich, auf diese Unforrektheit hinzuweisen und hoffe auf eine gebührende Zurückweisung solcher Einseitigkeiten.

Ein Beamter.

Bezirksarbeitsausschuss der A.- und B.-Räte des Oberamts Neuenbürg.

## Die Geschäftsstelle

befindet sich jetzt infolge Umzugs

Brunnenstraße 31, 1. Stock,  
neben Gashaus zum „Hirsch“.

Borf. König.

## Erste Versicherungs-Gesellschaft

sucht für den Oberamtsbezirk sowie für einzelne Orte tüchtige Personen als

## Beamte oder Vertreter.

Lebensstellung zugesichert. Fachkenntnisse nicht unbedingt erforderlich.

Offerten unter W. 25 an das Kontor des Blattes.

## Höhere Reform-Lehranstalt, Wildbad.

I. Schul-Abteilung: Alle Prüfungsklassen eines Gymnasiums, eines Realgymnasiums, sowie einer Oberrealschule bis zum Abitur. Beachtung der Schulaufgaben. — Auswärtige Schüler erhalten guten Mittagstisch im Internat der Anstalt.  
II. Sprachen-Abteilung: Sie vermittelt gediegene Ausbildung in Franz., Engl., Ital., Lat., Griechisch, Einzelunterricht.  
III. Stenographie-Kurse: Wöchentlich 6 Std. Dauer eines jeden Kurses: 4 Monate. Honorar: 66 Mk.

## Arbeiter! Frauen! Kameraden!

Unsere Gegner haben alle Hände voll zu tun. Das einmal ist ein Kaufmann, ohne dessen Wahl alles zu Grunde gehen müßte, ein zweitesmal ein Handwerksmeister, der unbedingt auf dem Rathaus gebraucht wird, da anders das Handwerk nicht gerettet werden kann, das drittemal ist einer von den ganz Alten, der sterben würde, wenn er nicht mehr gewählt würde. Jedesmal ein anderer,

## nur kein Arbeiter!

Zu was denn auch,  $\frac{1}{3}$  der ganzen Einwohnerschaft sind ja Arbeiter, weshalb dann auch noch aufs Rathaus wählen? Merkt Ihr noch nichts? —

## Kameraden! Frauen! Arbeiter!

Die Vereinigte Arbeiterschaft hat Männer und Frauen vorgeschlagen, die das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung in vollem Maße verdienen. Sie sind aus guter Mitte entnommen, gehören zu Euch und wissen, wie sie ihre Aufgaben anzufassen haben, um dem wertvollen Volk zu seinem Rechte zu verhelfen. Wählt, aber wählt nur die

## Kandidaten der Vereinigten Arbeiterschaft!

## Wählerinnen u. Wähler!

Morgen ist Wahltag! Morgen ist Zahltag!

Morgen sollt Ihr entscheiden, wem Ihr das Geschick der Stadt Neuenbürg für die nächsten 3 bis 6 Jahre in dieser neuen Zeit in die Hand geben wollt. Mit kolossaler Angst erfüllt, wimmern die bürgerlichen Parteien schon um ihre gefährdete seitherige Mehrheit auf dem Rathaus.

**Wählerinnen und Wähler!** Wenn Ihr die beiden bürgerlichen Wahlzettel zur Hand nehmet und betrachtet, so werdet Ihr finden, daß aus einem Haus oder Büro in der Bahnhofstraße allein drei Kandidaten aufs Rathaus wollen; wenn jedes Haus sich solch ein Recht anmaßen wollte! —

**Wählerinnen und Wähler!** Warum haben die Deutsch-Demokraten keine Frau auf ihrem Wahlvorschlag, wo doch verschiedene ihrer Angehörigen immer so sehr für Frauen geschwärmt haben, aber jetzt auf dem Rathaus haben sie keinen Platz frei für Frauen, weil sie ja so wie so schon einige ihrer Nachläufer vom Vorschlag verschwinden lassen mußten.

**Wählerinnen und Wähler!** Gibt dies Euch nicht zu denken, daß die beiden bürgerlichen Parteien ihre Vorschlagslisten verbunden haben; erst muß der Abgeordnete Fischer im „Anker“ der Bürgerpartei mit Recht ihr schwächliches Verhalten geißeln und im gleichen Atemzuge machen dieselben Herrn ein Wahlabkommen miteinander; ist das noch übrig geblieben von der Demokratie, von dem vielgepriesenen Bürgertum?

**Wählerinnen und Wähler und Kriegskameraden!** Sorgt diesmal dafür, daß solche Parteien vom Rathaus verschwinden. Wählt keine ehemaligen Vaterlandsparteiler! Keine ehemaligen Langensäbelschläger! Keine, welche am Rathausbalkon das unschuldige rote Tuch heruntergerissen haben! Keine Kriegsdrücker! Keine, welche nur des Titels wegen aufs Rathaus sitzen wollen! Keine Bucherer! Keine Kriegsgewinner! Keine solchen, welche Eure Frauen und Mütter und Schwestern während des Krieges in ihren Läden angeknauzt haben! Sondern wählt Männer und Frauen, die mit offenem Blick in die Zukunft schauen.

Legt also den Wahlzettel der Vereinigten Arbeiterschaft Neuenbürg morgen unabgeändert in die Wahlurne.

Der Wahlausschuss  
der Sozialdemokr. Partei Neuenbürg.

Wir sind in der Lage, von jetzt ab regelmäßig

## frische Seefische

zu liefern.

Um einen ungefähren Bedarf ermitteln zu können, bitten wir die Herren Ortsvorsteher und bis spätestens 28. d. M. mitteilen zu wollen, welche Mengen jede Woche abgenommen werden können.

## Pfannkuch & Co.,

Neuenbürg, Telef. 70.

Schwann.

Sonntag, den 25. Mai, von nachm. 2 Uhr ab, findet im

Gasthaus zum „Löwen“

## Streich-Konzert

statt und ladet höflichst ein

Max Konig.

## So

lange Vorrat reicht, liefern wir Probefortiments in Nähfaden Ia., schwarz und weiß, 200 m, Fabel, arantie, Seide, Schuhseide, Wäsche-stärke Ia. (Auslandsware), Hanfgarn, Bestickgarn, Wuschgarn. Leines jwien, Besatzartikel aller Art in Seide, Wolle, Baumwolle, Spitzen, weiß und grau, Besatzgarn, Stosfgarn, Nadeln, Spiegel, Bestickgarn, Rodnadeln, Tee usw. Probepaket Mk. 25.— u. Nachnahme.

Lieferung und Zufriedenstellung zugesichert. — Schmid & Rauch, Waren-Versand, Schwab. Hall, Blockstr. 13. Nur einmaliges Angebot!

Neuenbürg.

## Zur Aufklärung!

Der Ausschuss der Beamten- und Angestelltenvereinigung hat sich aus sämtlichen vorliegenden Wahlvorschlägen einen eigenen Wahlvorschlag zusammengepauschiert, bestehend aus lauter Angehörigen seines Standes und empfiehlt deren Kumulierung. Die Namen der Beamten und Angestellten auf den verschiedenen Wahlvorschlägen erhalten damit den

## Charakter von Kukukseiern und verlieren ihre Werbekraft.

Wir konstatieren, daß dieses Vorgehen dem Geiste der Verabredung widerspricht und entschieden zu verurteilen ist. Sie sind einer guten Sache nicht förderlich.

An die Wähler richten wir die dringende Bitte, von ihrem Wahlrecht ausnahmslos Gebrauch zu machen und den

Parteizettel möglichst unabgeändert abzugeben.

**bleibe niemand zu Hause!**

**keine Stimme darf fehlen!**

**Deutsche demokratische Partei.**

Ich habe mich in Wildbad als praktischer Arzt niedergelassen

## Dr. med. Hans Fritz.

Sprechstunden:

Werktags außer Samstags 3—4 Uhr  
Parkstraße 201, neben Parkvilla.

Ich habe mich in Wildbad als Fachärztin für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe niedergelassen.

## Dr. med. Helene Fritz

geb. Hölder.

Früher langjährige Assistenzärztin der Univ.-Frauenklinik Tübingen, zuletzt leitende Arztin des Charottenhauses für Wöchnerinnen und unterleibsranke Frauen E. B. in Stuttgart.

Sprechstunden:

Werktags außer Samstags 3—4 Uhr  
im Haus Hecker.

## Musik-Unterricht

in Violine, Klavier, Zither usw. erteilt gründlich und nimmt Anmeldungen entgegen

**Ernst Müller,**  
Neuenbürg, Windhof 406,  
ehemaliger Militärmusiker und Schüler des großherzogl. Konservatoriums für Musik in Karlsruhe.

## Mädchen-Gesuch.

Auf 1. Juni wird ein ordentliches, in allen Hausarbeiten bewandertes Mädchen gesucht.

Gasthof J. Schwann,  
Neuenbürg.

Prima helles

## Bodenöl

62 Gros (kein Ertrag) en detail können bitte einsenden.

Glaxerkitt (Delware).  
E. Staab, Liebenzell.

## Orangen und Citronen

frisch eingetroffen.  
**Pfannkuch & Co.**  
Neuenbürg, Tel. 70.

Herrenalb.

## Raum

zum Einstellen einiger Möbel (1 Zimmerreinigung) zum 31. Mai gesucht.  
Kachahl, Ettingerstr. 118.

## Gottesdienste

in Neuenbürg  
an Hagate, den 25. Mai.  
Predigt 9<sup>15</sup> Uhr (Lut. 11, 1 K.;  
Neb Nr. 40).

Delon 151.  
Christenlehre 1<sup>15</sup> U. für die Töchter.  
Stadtwirt Sandberger.  
Donnerstag Fest der Himmelfahrt Christi, Predigt 9<sup>15</sup> Uhr (Lut. 11, 27 K.; Neb 221).  
Sandberger.

Köbenzottenbl. 7 Uhr.  
Persele.